

Einzelprobleme der türkischen Außenpolitik

Yilmaz, Bahri

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Yilmaz, B. (1995). *Einzelprobleme der türkischen Außenpolitik*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 12/1995). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-45357>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Einzelprobleme der türkischen Außenpolitik

Zusammenfassung

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikt änderte sich die strategische Bedeutung der Türkei für den Westen. Sie fungiert als Barriere nicht länger gegen eine Expansion der Sowjetunion nach Süden, sondern gegen eine Ausbreitung des islamischen Fundamentalismus nach Norden. Außerdem könnte die türkische Republik zum Modell bei einer Neuordnung im Kaukasus und Zentralasien werden. In Griechenland und auf dem Balkan stehen für die Türkei wichtige Interessen auf dem Spiel: die Existenz der auswärtigen türkischen und islamischen Volksgruppen und die Funktion der Balkanhalbinsel als Brücke zu Westeuropa. Das problematische Verhältnis zu Griechenland kann nur durch eine Entkrampfung des zwischenstaatlichen Klimas und durch vertrauensbildende Maßnahmen wirkungsvoll verbessert werden. Auch die Beziehungen zum Nahen und Mittleren Osten sind nicht konfliktfrei: Zum einen sieht sich die Türkei aufgrund der Unterjochungspolitik des Osmanischen Reiches mit historischen Ressentiments konfrontiert; zum anderen ist sie als säkularisierte Demokratie umgeben von islamischen Staaten. Überdies wird das Verhältnis der Türkei zu ihren östlichen Nachbarn durch die Konkurrenz um die knappen Wasserressourcen der Region verschlechtert.

Aktuelle Konstellationsanalyse der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik

Die außenpolitischen Beziehungen der Türkei nach dem Zweiten Weltkrieg waren gekennzeichnet durch drei Merkmale: nationale Sicherheit innerhalb der NATO und des globalen Systemkonflikts, wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Westen im Rahmen von OECD und EG und daraus folgend das Streben nach endgültiger Integration des Landes in die westliche Zivilisation.

Die türkische Außen- und Sicherheitspolitik wurde im großen und ganzen durch den gegebenen NATO-Rahmen bestimmt. Ankara hat diese Zusammenarbeit kaum in Frage gestellt. Anders ausgedrückt, Ankara

richtete seine Sicherheitspolitik auf die NATO aus. Die Türkei stellt im atlantischen Bündnis die nach der Soldatenzahl zweitstärkste Armee nach den USA. Wie kann sich die künftige Zusammenarbeit zwischen der Türkei und der NATO sowie Westeuropa im Sicherheitsbereich entwickeln? Die Antwort auf diese Frage beinhaltet zwei Aspekte: erstens die Diskussion über die sicherheitspolitische Lage der Türkei nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes und zweitens eine Ermittlung der gemeinsamen wie gegenläufigen Sicherheitsinteressen von Türkei und Westeuropa.

Zunächst ist die Einsicht wichtig, daß die strategische Bedeutung der Türkei als "Südpfeiler der NATO" und ihre Funktion als "Riegel" gegen eine sowjetische Invasion zum Mittelmeer innerhalb der Allianz erheblich abgenommen haben. Dieser Aspekt der Sicherheitspolitik war der einzige Bereich, in dem identische Interessen zwischen der Türkei und ihren Bündnispartnern bestanden. Nun scheint die Gefahr eines direkten sowjetischen Drangs nach Süden auf absehbare Zeit weggefallen zu sein. Das bedeutet, daß die sicherheitspolitische Bedeutung der Türkei im Zusammenhang mit einer sowjetischen Invasion, wie sie seit Jahrzehnten für die Beziehungen des Westens zur Türkei bestimmend war, erheblich zurückgegangen ist.

Mit dem Zerfall der Sowjetmacht hat sich die strategische Bedeutung der Türkei wesentlich verändert:

1. Sowohl während des Golfkrieges als auch danach kooperierte die Türkei sehr eng mit den westlichen Alliierten. Sie stellte nicht nur ihre Loyalität zum Bündnis unter Beweis, sondern machte auch deutlich, wie wichtig ihre strategische Position in den sich ausbreitenden Konflikten war.
2. Unter Führung der Türkei sollten in Zusammenarbeit mit den USA und mit Westeuropa die Verhältnisse in Transkaukasien und Zentralasien neu gestaltet werden. Gedacht wurde insbesondere an die Einführung des "türkischen Modells" in den Ländern der beiden Regionen. Dieses basiert auf drei Hauptsäulen: Säkularismus in einer islamischen Gesellschaft, pluralistisch-demokratisches System nach westlichem Muster und freie Marktwirtschaft. Dieses Modell sollte der Rahmen für die künftige politische und wirtschaftliche Entwicklung der Länder werden und deren Hinwendung zum Westen einleiten.
3. Die Türkei soll als Stabilisierungsfaktor oder als Pufferzone den Vormarsch des islamischen Fundamentalismus in der Region stoppen. In diesem Fall wird sie mit der Einbeziehung in den europäischen Integrationsprozeß¹ selbst vor Fundamentalismus geschützt und dient ihrerseits der EU/Europa als Schutzwall vor dessen Ausbreitung.

Zugleich hat die Türkei 1987 die Vollmitgliedschaft in der WEU beantragt. Mit diesem Schritt beabsichtigte die türkische Regierung, ihre Einbindung in das westliche Sicherheitssystem, in erster Linie aus Gründen der Gewährleistung der eigenen Sicherheit, endgültig zu befestigen. Zum anderen wollte Ankara mit dieser Entscheidung einen Ausschluß aus dem europäischen Sicherheitssystem verhindern.

Die Lage auf dem Balkan und der türkisch-griechische Konflikt

Die türkisch-griechischen Beziehungen nehmen eine Sonderstellung ein, haben historische Wurzeln und Dimensionen und sind von erheblicher Komplexität.

Die Konflikte zwischen beiden Ländern² können in fünf Punkten zusammengefaßt werden:

- die Abgrenzung und Nutzung des Festlandssockels,
- die Abgrenzung der Territorialgewässer,
- die Grenzen des nationalen Luftraumes sowie die Kontrolle des Luftverkehrs,
- der Status der ostägäischen Inseln (Entmilitarisierung der griechischen Inseln),
- Zypern-Konflikt.

Es steht fest, daß eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen beiden NATO-Ländern von den USA, der NATO und der EU nicht zugelassen werden würde. Bis dahin und auf weiteres hängt eine Lösung des Streits wesentlich von zwei Faktoren ab: erstens, von einer Entkrampfung des Klimas zwischen beiden Ländern, die zeitaufwendig ist und die nur durch staatsmännisches Verhalten und durch den guten Willen der Politiker beider Länder realisiert werden kann; zweitens, vom Erfolg vertrauensbildender Maßnahmen

¹ Vgl. Kommission der EG, Umfassende Überlegungen zu den Problemen der Erweiterung. Mitteilungen der Kommission an den Rat, Brüssel, 24. April 1978, bes. S. 2.

² Ausführliche Diskussion vgl. Heinz Axt/Heinz Kramer, Griechisch-türkische Beziehungen: Von der Konfrontation zur Annäherung?, SWP Ebenhausen, Februar 1989.

auf beiden Seiten. Dann wird es durchaus möglich sein, die historisch bedingten und von politisch-psychologisch bestimmten Störfaktoren überschatteten Beziehungen zwischen den Nachbarn zu verbessern.

Die Türkei ist historisch sehr eng mit dem Balkan verbunden. Als Folge der seit 1989 anhaltenden Transformationsprozesse nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation fand in allen Bereichen eine neue Gestaltung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Balkanstaaten statt. Aber gleichzeitig ergaben sich aus obengenannten historischen Altlasten, wie z.B. Grenzstreitigkeiten und Minderheitenfragen, neue Störfaktoren und latent vorhandene Konflikte.

Die Außen- und Sicherheitsinteressen der Türkei auf dem Balkan basieren auf zwei wichtigen Säulen:

1. Der Balkan verbindet die Türkei unmittelbar mit Europa. Die Transitwege führen über den Balkan nach Europa. Deswegen ist die Stabilität in dieser Region für die wirtschaftlichen und politischen Interessen des Landes sehr wichtig.
2. Das Interesse der türkischen Öffentlichkeit an der vom Osmanischen Reich hinterlassenen kulturellen Erbschaft, den türkischen Minderheiten und islamischen Volksgruppen.

In diesem Zusammenhang fühlt sich die Türkei dazu verpflichtet, aktiv am Schicksal türkischer Minderheiten und islamischer Völker teilzuhaben. Die Balkanregion wird von Ankara nach wie vor als "historisches türkisches Interessengebiet" angesehen.

Bis jetzt hat sich Ankara weitgehend direkter Einmischung in bezug auf Minderheitsfragen enthalten. Das Interesse der Türkei konzentriert sich hauptsächlich auf die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit. Die bisherigen diplomatischen Aktivitäten deuten darauf hin, daß Ankara viel Wert auf eine enge Zusammenarbeit entlang der Achse Türkei □ Bulgarien □ Makedonien □ Albanien □ Rumänien □ Bosnien legt.

Die Türkei im Nahen und Mittleren Osten

Aufgrund seiner reichen und wertvollen politischen und kulturellen Erfahrungen mit der Region verfolgt Ankara gegenüber den arabisch-islamischen Ländern eine distanzierte und ausbalancierte Außen- und Sicherheitspolitik.

Die Beziehungen der Türkei zu ihren islamischen Nachbarstaaten werden künftig von drei wesentlichen Faktoren beeinträchtigt werden.

1. Die wirtschaftlich und militärisch überlegene Türkei wird fast von allen Nachbarn als Bedrohung empfunden. Der Grund liegt darin, daß die Folgen der vier Jahrhunderte dauernden osmanischen Herrschaft noch immer nicht überwunden sind.
2. Die Türkei ist der einzige säkulare Staat in der ausschließlich vom Islam geprägten Region. Sie wird von den nicht-demokratischen und theokratisch regierten Staaten manchmal als "Gefährdung des Islam und seines Regimes" angesehen. Es wird der Türkei vorgeworfen, sie sei die Vertreterin der westlichen Interessen in der Region.

Der dritte Streitpunkt zwischen der Türkei und ihren arabischen Staaten ist dann die sogenannte "Wasserfrage". Diese Frage gründet einerseits auf die immer knapper werdenden Wasserressourcen in der Region und andererseits auf die ansteigende Nachfrage nach Wasser. Demnächst wird Wasser für die Region so wertvoll sein wie Öl, und es gehört schon heute zu den strategischen Rohstoffen der Region. Die türkische Regierung hat sich mehrmals dazu bereit erklärt, die vorhandenen Wasservorräte "optimal" zu verteilen. Es ist davon auszugehen, daß demnächst eine Regelung für die Umverteilung des Wassers zwischen der Türkei und ihren Nachbarn herbeigeführt wird, damit ein Konflikt militärischer Art ausgeschlossen werden kann.

Fazit

Nach den in den vorangegangenen Abschnitten angestellten Überlegungen über Gesichtspunkte der Außen- und Sicherheitspolitik kann folgendes festgehalten werden:

1. Die Türkei wird weiterhin Mitglied der NATO bleiben und die Zusammenarbeit mit der WEU fortsetzen. Allerdings wird sich ihre strategische Bedeutung für westliche Sicherheit wesentlich von derjenigen während des Kalten Krieges abheben.

2. Endziel der türkischen Außenpolitik ist eine künftige Mitgliedschaft der Türkei in der EU. Gemäß dem "Ankara-Abkommen" von 1963 und dem Zusatzprotokoll von 1973 wird die Türkei weiterhin versuchen, trotz innerer wie äußerer politisch und wirtschaftlich bedingter Schwierigkeiten in die europäische Zollunion einzutreten, weil die Märkte in der nahöstlichen Region (BSEC, ECO, zentralasiatische Länder) keine ernsthaften Alternativen zum EU-Markt bieten und daher die EU in absehbarer Zeit nicht ersetzen können.
3. Die Sicherheitslage der Türkei wird künftig von den akuten Konflikten in diesem "teuflischen Dreieck" bestimmt. Die äußere Sicherheit des Landes hängt hauptsächlich von klassischen Faktoren, d.h. den Entwicklungen im geographischen und internationalen Umfeld der Türkei und Konflikten ethnischer und religiöser Art, ab. Diese Arten von Konflikten können einen negativen Einfluß auf die innere Sicherheit haben und die territoriale Integrität des Landes gefährden.
4. Am wichtigsten für die Türkei ist die Bedrohung und Gefährdung der inneren Sicherheit des Landes, die teilweise von einigen ihrer Nachbarstaaten inszeniert wird. Der wichtigste Störfaktor für die innere Stabilität sind die Aktivitäten der kurdischen Terrororganisation PKK von iranischem und syrischem Territorium aus. Wie es in der türkischen Presse heißt, kann die PKK nun mittlerweile auch von Griechenland, Armenien und Südzypern aus operieren.
5. Die andere existentielle Frage ist der Vormarsch des islamischen Fundamentalismus in die politischen und wirtschaftlichen Machtzirkel der Türkei. Die verstärkte "Islamisierung" des Landes würde nicht nur die Existenz der laizistischen Republik in Frage stellen, sondern auch das mühsam geschaffene Gleichgewicht in der Region auf den Kopf stellen.
6. Wie der Zweite Golfkrieg von 1991 gezeigt hat, kann sich die Türkei im Falle einer ernsthaften Krise in der Region, in die sie - gewollt oder ungewollt - hineingezogen wird, nur wenig auf ihre westlichen (oder westeuropäischen) Partner verlassen. So wie beim Golfkrieg werden die Bündnispartner dann erst lange überlegen und diskutieren, ob Beistand mit dem Grundsatz der NATO und mit ihrer eigenen nationalen Verfassung vereinbar ist.

Unter diesen Gesichtspunkten kann die Türkei nur dann von innen- und außenpolitischen Stabilitätskrisen verschont bleiben, wenn sie ihre Sicherheitsbelange wesentlich aus eigener Kraft wahrnimmt. Die seit der Zypern-Krise verfolgte Politik "Sicherheit und Verteidigung durch verstärkte Rüstung" wird sich daher auch künftig durchsetzen. Die Türkei will mit allen Mitteln ihre einseitige militärische Abhängigkeit vom Westen verringern. Mit anderen Worten: Sie will sich nicht mehr auf den Import ausländischer Waffensysteme und auswärtige militärische Hilfe verlassen.

Bahri Yilmaz

Der Verfasser ist Professor an der Fakultät für Wirtschafts-, Verwaltungs- und Sozialwissenschaften an der Bilkent-Universität in Ankara, Türkei.

Redaktion: Gerhard Wettig im Zusammenwirken mit Sabine Fischer

Die Meinungen, die in den vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1995 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet.

Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110

ISSN 0945-4071